

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 90 (2015)
Heft: 9

Artikel: 80% halten die Armee für nötig
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717876>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

80% halten die Armee für nötig

Die Jahresstudien Sicherheit der Militärakademie an der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit dem Center for Security Studies der ETH dienen der Trendermittlung in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Bevölkerung.

ZUSAMMENFASSUNG VON «SICHERHEIT 2015», HERAUSGEGEBEN VON TIBOR SZVIRCSEV TRESCH UND ANDREAS WENGER

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen verwendeten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Besondere Aufmerksamkeit wurde 2015 der Bedrohungswahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer, alternativen Dienstmodellen sowie der Effektivitätsbeurteilung der Schweizer Armee geschenkt.

Die diesjährige Datenerhebung fand zwischen dem 6. Januar und dem 11. Februar 2015 telefonisch bei 1239 Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in allen Sprachregionen der Schweiz durch das Meinungsforschungsinstitut Léger statt. Die vier folgenden Ereignisse könnten die 1239 Befragten in ihrem Antwortverhalten beeinflusst haben:

- Die seit Herbst/Winter 2013 in der Ukraine herrschende Krise setzte sich auch 2014/15 fort.
- Am 7. Januar 2015 wurde in Paris ein islamistisch motivierter Terroranschlag auf die Redaktion der Satirezeitschrift «Charlie Hebdo» verübt.
- Zwischen dem 21. und dem 24. Januar 2015 leistete die Armee ihren subsidiären WEF-Einsatz zu Gunsten der Kantonspolizei Graubünden in Davos. Der Einsatz verlief ohne grössere Zwischenfälle und warf keine medienwirksamen Wellen.
- Am 15. Januar 2015 hob die Schweizer Nationalbank den Euro-Mindestkurs von 1.20 Franken auf. Finanzfachleute warnten, dass der Währungsschock in einer Wirtschaftskrise enden könnte.

Die \pm -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zur Januarerhebung 2014 an. In der Befragung 2015 liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei $\pm 2,8\%$.

Das heisst, ein von uns gemessener Wert von 50% für x gehört mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zur Grundgesamtheit, bei der die Häufigkeit von x zwischen 47,2% und 52,8% liegt. Die Grundgesamt-

heit ist in diesem Fall die Schweizer Stimmbevölkerung.

1. Trends und Tendenzen

Allgemeines Sicherheitsempfinden und Vertrauen in Institutionen.

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz: 2014 manifestierte sich in der Bevölkerung ein weitverbreiteter Optimismus in die nahe Zukunft der Schweiz. Diese Zukunftszuversicht setzt sich über den Jahresverlauf fort und bleibt auf hohem Niveau bestehen. 79% (-1%) der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehen optimistisch in die Zukunft der Schweiz, wobei 73% (+3%) eine «eher» optimistische Zukunftserwartung haben und 6% (-4%) angeben, «sehr» optimistisch zu sein.

Der im Vergleich zum Vorjahr signifikant gesunkene Mittelwert weist darauf hin (2,8, -0,1), dass die Befragten insgesamt etwas weniger optimistisch in die Zukunft schauen.

Einschätzung der weltpolitischen Lage: Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger schätzen die weltpolitische Lage 2015 in den nächsten fünf Jahren insgesamt signifikant «düsterer und gespannter» (55%, +14%) als im Vorjahr ein.

Vier von zehn Personen beurteilen sie gleich wie heute. Der Anteil jener, welche der Entwicklung der weltpolitischen Lage «besser und entspannter» entgegen blicken, ist auf einen Tiefstwert von 5% (-2%) gesunken.

Im Rahmen der diesjährigen Befragung wurde dieselbe Frage mit dem Wortlaut «Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren?» mit den Antwortdimensionen «sehr optimistisch», «eher optimistisch», «eher pessimistisch» und «sehr pessimistisch» gestellt. Diese neue Fragestellung mit neuer Antwortskalierung führte zu ähnlichen Werten. So gaben 53% der Befragten an, dass sie die Entwicklung «eher» bzw. «sehr» pessimistisch betrachten. Nur 2% zeigten

sich «sehr optimistisch». Die Einschätzung der weltpolitischen Lage wird ab 2016 mit der neuen Frageformulierung und Antwortskalierung erhoben.

Allgemeines Sicherheitsempfinden: Das allgemeine Sicherheitsempfinden der Schweizerinnen und Schweizer verharrt über den Jahresverlauf auf hohem, über die Jahre gleichbleibendem Niveau. 91% (+1%) der Befragten fühlen sich sicher, wobei sich 29% (-3%) «sehr» bzw. 62% (+4%) «eher» sicher fühlen. Die Betrachtung der Mittelwerte über die Zeit zeigt, dass das Sicherheitsempfinden gegenüber Einzelereignissen relativ stabil ist.

Jedoch beeinflussen persönliche Merkmale das individuelle Sicherheitsgefühl. So fühlen sich Frauen, politisch rechts orientierte, ältere Befragte sowie solche mit niedrigem Bildungsniveau signifikant weniger sicher als Männer, politisch links eingestellte, Junge und solche mit hohem Bildungsniveau.

Sicherheitsaspekte: In der vorliegenden Studie wurde die Wahrnehmung der Stimmbevölkerung erfasst, inwieweit sie bestimmte Sicherheitsaspekte in der Schweiz als bedroht erachtet. Die Befragten konnten ihre Einschätzung des Bedrohungsgrades jeweils auf einer numerisch abgestuften Skala angeben.

Dem Skalenwert 1 liegt dabei die Auffassung zugrunde, dass dieser Sicherheitsaspekt «überhaupt nicht bedroht», dem Wert 10, dass dieser «sehr stark bedroht» ist. Der allgemeine mittlere Bedrohungsgrad (\bar{O} : 4,4, +0,1) hat sich im Vergleich zum Vorjahr statistisch nicht signifikant verändert.

Spitzenreiterin ist nach wie vor die Datensicherheit, obwohl diese 2015 signifikant als weniger bedroht wahrgenommen wird (5,5, -0,2). Das 2015 neu hinzugefügte Item «Internet» wurde ebenfalls mit 5,1 als überdurchschnittlich stark bedroht empfunden und bestätigt das allgemeine Bedenken der Befragten hinsichtlich der Sicherheit virtueller bzw. elektronischer Medien.

Die Schweizer Bevölkerung sieht die Natur, die Umwelt, die Arbeitsplätze in der Schweiz, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die soziale Sicherheit, die Schweizer Wirtschaft sowie das Einkommen als signifikant überdurchschnittlich bedroht an. Dabei wird die Wirtschaft auch gegenüber 2014 signifikant als stärker bedroht empfunden.

Als durchschnittlich bedroht werden die Schweizer Identität und Werte sowie das Gesundheitswesen eingeschätzt. Als vergleichsweise wenig bedroht sehen SchweizerInnen die familiären Beziehungen und Geborgenheit, die Energieversorgung, Ruhe und Ordnung, die kritische Infrastruktur, die politische Stabilität, die persönliche Freiheit, die demokratischen Grundrechte, die sicheren Verkehrswege, die körperliche Sicherheit und Gesundheit sowie die Schweizer Staatsgrenzen an.

Hierbei wird die politische Stabilität gegenüber 2014 als gefährdeter betrachtet. Die Schweizer Stimmbewohner fühlen sich nicht sonderlich bedroht (\bar{O} : 4,4). Diese Auffassung korrespondiert mit dem hohen Sicherheitsempfinden.

Bedrohungsformen: Neben dem Bedrohungsgrad der verschiedenen Sicherheitsaspekte wurde auch erfasst, wie hoch die SchweizerInnen die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass eine bestimmte Bedrohungsform in nächster Zukunft eintritt und gewisse Sicherheitsaspekte bedrohen würde.

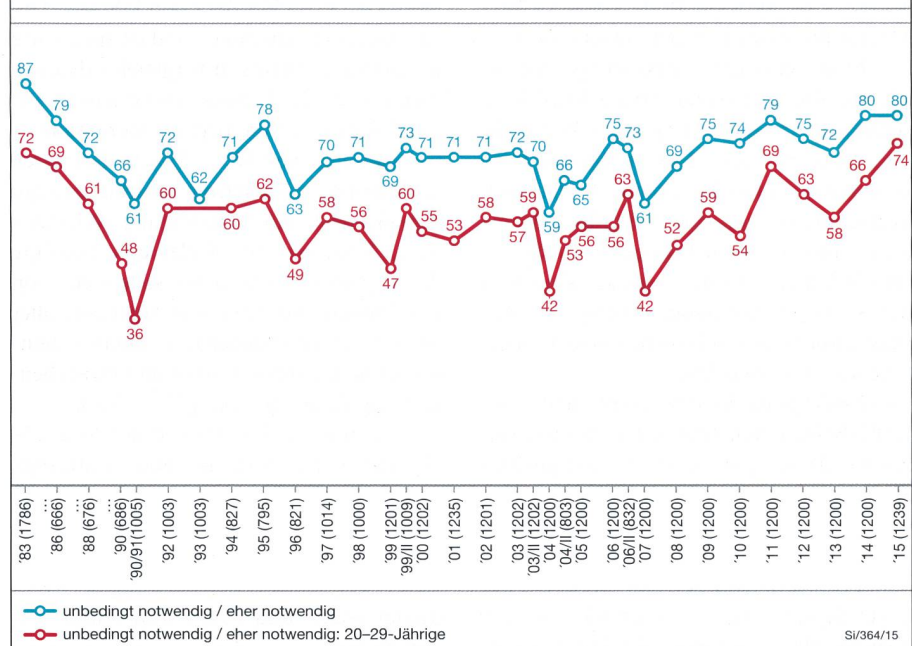
Die Befragten konnten auf einer 10er-Skala von 1 «überhaupt nicht wahrscheinlich» bis 10 «absolut wahrscheinlich» ihrer jeweiligen Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit einen numerischen Wert zuordnen. Auch 2015 rangiert die Bedrohungsform durch einen Cyber-Angriff an erster Stelle (5,3, -0,1).

An zweiter Stelle steht die Bedrohung durch eine Wirtschaftskrise, wobei dieses Item 2015 das erste Mal in die Liste aufgenommen wurde. Geringer, aber signifikant über der mittleren allgemeinen Eintrittswahrscheinlichkeit (\bar{O} : 4,3) wird die Bedrohung der Schweizer Bevölkerung durch die organisierte Kriminalität, Verbrechen und Kriminalität, durch Terroranschläge, durch Migration und durch Drogenhandel eingeschätzt.

Die signifikant erhöhten Werte der Bedrohung durch Terroranschläge (+1,0) können in Zusammenhang mit den Anschlägen auf das Satiremagazin «Charlie Hebdo» in Paris im Januar 2015 erklärt werden. Eine Bedrohung durch Verbrechen und Kriminalität wird zwar nach wie vor gesehen, aber im Vergleich zu 2014 signifikant weniger stark. Die Bedrohung durch unkontrollierbare

«Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?»

(Angaben in Prozent)



Sicherheit 2015: 80 Prozent der Befragten halten die Schweizer Armee für notwendig.

Konsequenzen von neuen Technologien wird als durchschnittlich gross empfunden.

Hingegen werden technische Katastrophen, weltweite Seuchen, Gewaltkonflikte und ein militärischer Angriff mit einer signifikant unterdurchschnittlichen Eintrittswahrscheinlichkeit eingeschätzt, wobei ein signifikanter Anstieg bei der Bedrohung durch einen militärischen Angriff unter Umständen mit der anhaltenden militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine erklärt werden kann.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Den acht regelmässig erfassten Behörden und Institutionen wird auch 2015 besonders viel Vertrauen entgegengebracht. Bei allen erfragten Institutionen und Behörden liegt das aktuelle Vertrauen über dem langjährigen Mittel. Ebenso zeigt sich im langjährigen Vergleich ein Vertrauensgewinn auf der Aggregatsebene. Das allgemeine mittlere Vertrauen weist aktuell einen höheren Wert auf als der langjährige Durchschnitt (\bar{O} : 6,3, 2015: 6,5, +0,1 im Vergleich zu 2014).

Die Polizei, die Gerichte und der Bundesrat haben über den Jahresverlauf signifikant an Vertrauen gewonnen. Nach wie vor weist die Polizei das höchste Vertrauen (7,7) auf, gefolgt von den Gerichten (7,2). Der Bundesrat genießt 2015 das drittgrösste Vertrauen (7,0). Die Schweizer Wirtschaft (6,8), die Armee (6,5) und das Parlament (6,4) besetzen die mittleren Plätze.

Am wenigsten Vertrauen wird weiterhin den politischen Parteien (5,3) und den Medien (5,3) entgegengebracht.

2. Aussen- und Sicherheitspolitik

Beziehung zur EU: Die seit 2011 manifestierte anhaltende EU-Skepsis der Schweizer Bevölkerung scheint sich gemäss der aktuellsten Umfrage leicht zu lösen. Derweil wünschen sich 39% der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eine politische Annäherung an die EU (+5%). Einen Beitritt zur EU befürworten neu 21% (+4%). Diese Zustimmungswerte sind im langjährigen Vergleich weiterhin unterdurchschnittlich tief.

Ferner genießt die pragmatische Sichtweise einer ausschliesslich wirtschaftlichen Annäherung an die EU wie in den Vorjahren die grösste Akzeptanz in der Bevölkerung. Vier von fünf Befragten vertreten die Ansicht, dass die Schweiz der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken solle (81%, ±0%).

Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen: 2015 wünscht sich eine Mehrheit der Schweizer Stimmbewohner ein signifikant aktiveres internationales humanitäres Engagement.

Die positive Haltung gegenüber einer vermehrten internationalen Kooperation, die keine Einbindung in eine Institution zur Folge hat, hat sich deutlich verstärkt. Die

beiden Kooperationsformen, dass die Schweiz mehr in Konflikten vermitteln (78%, +8%) und bei internationalen Konferenzen eine aktivere Rolle spielen (78%, +5%) sollte, erreichen 2015 Höchstwerte.

Eine mögliche Erklärung hierfür könnte die Schweizer OSZE-Präsidentschaft sein und die damit positive Wahrnehmung der Schweiz. Die Forderung nach vermehrter Entwicklungshilfe findet auch in diesem Jahr von den drei erfassten Formen internationalen Engagements die geringste Unterstützung. Dennoch sind 68% der Schweizer StimmbürgerInnen der Ansicht, dass die Schweiz mehr Entwicklungshilfe leisten sollte (+5%).

Beteiligung in der UNO: Seit dem UNO-Beitritt 2002 lässt sich in der Schweizer Bevölkerung mehrheitlich eine positive Haltung gegenüber der Organisation finden. In diesem Jahr liegt die Befürwortung zu den erfragten Formen einer internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der UNO signifikant über der letztjährigen Erhebung. 70% der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger fordern eine aktive Beteiligung der Schweiz für UNO-Anliegen (+7%). Den Wunsch nach einem Sitz im UNO-Sicherheitsrat äussern aktuell 67% der Befragten (+8%). Beide Anstiege könnten ebenfalls auf den Schweizer OSZE-Vorsitz 2014 zurückzuführen sein.

Öffnungsbereitschaft für sicherheitspolitische Allianzen und Friedenstruppen: Eine sicherheitspolitische Kooperation wird 2015 von der Schweizer Bevölkerung positiver bewertet als im Vorjahr, aber nach wie vor abgelehnt. Rangiert nach dem Zustimmungsgang steht die Forderung nach einem militärischen Engagement im Rahmen der Uno über alle Erhebungsjahre hinweg an der Spitze der erfragten sicherheitspolitischen Kooperationsformen.

In diesem Jahr hat die Unterstützung einer Entsendung von Schweizer Friedenstruppen signifikant zugenommen (56%, +6%) und befindet sich nun im Durchschnitt der letzten 12 Jahre. Die Nato-skeptische Haltung hat sich über den Jahresverlauf abgeschwächt: Im Vergleich zum Vorjahr ist die Forderung nach einer Annäherung an die Nato in der Schweizer Bevölkerung aktuell signifikant stärker verbreitet (39%, +6%). Einen Beitritt der Schweiz zur Nato wünschen sich trotz signifikanter Steigerung nur 22% der Befragten (+6%).

Allgemeine und sicherheitspolitische nationale Autonomie: Während ein Anstieg bei der internationalen Kooperation zu beobachten ist, wünscht sich 2015 die Schwei-

zer Bevölkerung weniger wirtschaftliche und politische Autonomie (75%, -5%). Die Forderung nach einer militärischen Autonomie hat ebenfalls über den Jahresverlauf signifikant abgenommen und ist auch – wie jeweils im langjährigen Vergleich – deutlich geringer als die Unterstützung einer wirtschaftlichen und politischen Autonomie.

Aktuell teilen 47% (-5%) der Befragten die Meinung, dass sich die Schweiz «nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen» solle. Nach wie vor findet eine absolute Autonomie – die Schweiz solle sich «von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten» – deutlich keine Mehrheit, und ist im Mittel ebenfalls signifikant gefallen (37%, -2%).

Neutralität: Das Prinzip der Neutralität erfährt weiterhin eine hohe Unterstützung in der Bevölkerung. 95% der SchweizerInnen sprechen sich für die Beibehaltung der Neutralität aus (-1%). Aktuell sind 72% (-4%) mit der Beibehaltung der Neutralität «sehr» und 23% (+3%) «eher» einverstanden.

Die Befürwortung der differenziellen Neutralität nimmt im Mittel signifikant ab (62%, -3%). Einer defacto Aufgabe der Neutralität – der Forderung, nicht nur bei politischen, sondern auch bei militärischen Konflikten klar Stellung zu beziehen – stimmt in diesem Jahr nur jede fünfte befragte Person zu (20%, +1%).

Neutralitätsfunktionen: 93% (-1%) der Befragten sehen die Schweiz dank der Neutralität für die Vermittler- und Schlichterrolle in internationalen Konflikten prädestiniert. Gleichermassen ist der Anteil an SchweizerInnen nach wie vor hoch, welche die Neutralität für die Schweizer Identität als bedeutsam erachten. 87% (+1%) der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehen die Neutralität als «untrennbar mit dem Staatsgedanken verbunden».

Sowohl der Auffassung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird (65%, +1%) als auch der Meinung, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beiträgt (62%, +1%), wurde 2015 mehrheitlich zugestimmt.

43% (+1%) teilen die Ansicht, dass die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann. Die Aufgabe der Neutralität zugunsten einer Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis wird auch 2015 von lediglich 23% (±0%) befürwortet.

Kritische Beurteilung der Neutralität: 2015 beurteilt die Schweizer Stimmbürger die Neutralität marginal kritischer

als im Vorjahr. 34% (+4%) nehmen die Neutralität als ein Hindernis für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten wahr. Im Vergleich zu 2014 sehen mehr Personen die Handlungsfähigkeit der Schweiz durch die Neutralität tangiert. Hingegen glaubt nach wie vor nur eine Minderheit von 28% (±0%) der Befragten, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung Neutralität verunmögliche.

Die äusserst breite Unterstützung des Neutralitätsprinzips findet Niederschlag in der geringen Befürwortung der Ansicht, dass die Neutralität aufzugeben sei, sobald sie keine Vorteile mehr bringe (18%, +1%).

3. Verteidigungspolitik

Notwendigkeit der Armee: 2015 setzt sich die markant positive Einstellung der Schweizer Bevölkerung gegenüber der Schweizer Armee fort. Der Anteil der Befragten, welcher die Armee für notwendig erachtet, ist über den Jahresverlauf konstant geblieben. Aktuell bewerten vier von fünf Schweizerinnen und Schweizer die Armee als notwendig (80%, ±0%).

Ähnlich hohe Werte wurden nur anfangs der achtziger Jahre, 1995, 2011 und 2014 gemessen. Personen, welche sich politisch rechts und in der Mitte einstufen, bejahen die Notwendigkeit der Armee stärker als politisch links Eingestellte. Die jüngste Altersgruppe ist gegenüber der Notwendigkeit der Armee jeweils skeptischer eingestellt. Dennoch erachten 2015 74% (+8%) der 20–29-jährigen die Armee als notwendig und diese Altersklasse weist damit den höchsten je gemessenen Wert seit Beginn der Befragungsreihe auf.

Zufriedenheit mit der Leistung der Armee: Die Leistung der Schweizer Armee wird 2015 gleich wie im Jahr zuvor beurteilt. Auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 «überhaupt nicht zufrieden» und 10 «sehr zufrieden» bedeutet, erreicht sie im Mittel die Bewertung 6,3 (±0.0).

Effektivitätsbeurteilung der Armee: 2015 wurde auf einer Skala von 1 («sehr schlecht») und 10 («sehr gut») die Beurteilung der Effektivität der Armee in den Bereichen Ausbildung, Ausbildung der Armee, Einsatzbereitschaft, Ausrüstung der Truppen, Motivation der Soldaten und Verankerung in der Bevölkerung erfragt.

Am höchsten wird der Ausbildungsstand wie auch die Ausrüstung bewertet. Nachfolgend erhalten auch die Verankerung der Armee in der Bevölkerung und die Einsatzbereitschaft gute Noten. Deutlich abgeschlagen ist die Beurteilung zur Moti-

vation der Soldaten. Diese erreicht einen Mittelwert von 5,1 bei einem Gesamtmittelwert von 6,1.

Wehrpflicht: Die Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht ist seit der letztmaligen Erhebung im Januar 2014 auf tiefem Niveau gleich geblieben. In diesem Jahr sprechen sich 38% (+1%) für eine Abschaffung der Wehrpflicht aus. Nach wie vor plädieren unverändert 61% (±0%) der Schweizer StimmbürgerInnen für deren Erhalt. Politisch links Eingestellte und höher Gebildete befürworten die Abschaffung der Wehrpflicht stärker als Personen mit einer selbstbekundeten rechten Einstellung und Befragte mit einer tieferen Bildung.

Gesellschaftliche Rolle der Armee: Anhand der drei Antwortvorgaben, dass das Militär zentral, ein notwendiges Übel oder eine abschaffungswürdige Institution sei, wird jeweils die Auffassung der gesellschaftlichen Rolle der Schweizer Armee in der Stimmbevölkerung erfasst. 2015 spielt für 42% der Befragten das Militär eine zentrale Rolle im schweizerischen Leben (-2%). Gleichzeitig sehen 43% der Befragten das Militär als notwendiges Übel (-1%). 14% der Befragten sprechen sich für die Abschaffung des Militärs aus (+3%).

Verteidigungsausgaben: Nach wie vor ist eine relative Mehrheit der Schweizer StimmbürgerInnen der Auffassung, dass die Höhe der Verteidigungsausgaben auf demselben Niveau belassen werden sollte (47%, -2%). Für nur noch 33% (-4%) der Befragten sind diese zu hoch. 16% (+7%) fordern eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben für die Schweizer Armee, was einer signifikanten Steigerung gegenüber 2014 entspricht.

Miliz- versus Berufsarmee: Im Vorjahr manifestierte sich deutlich eine breitere Unterstützung der Milizarmee innerhalb der

Schweizer Bevölkerung. 2015 hat sich diese Auffassung nicht weiter akzentuiert, sondern leicht abgeschwächt. Aktuell spricht sich eine Mehrheit von 58% (-3%) für die Milizarmee aus.

Dies ist der dritthöchste Wert seit 1995. Eine Berufsarmee wird lediglich von etwas mehr als einem Drittel der Befragten befürwortet (36%, +3%). Allerdings bevorzugt 2015 die Kohorte der Wehrpflichtigen, die 20-29-Jährigen, eine Berufsarmee deutlich stärker als im Vorjahr (48%, +5%), liegt aber im langjährigen Vergleich weiterhin unter dem Durchschnitt.


Alternative Dienstmodelle: Die beiden Dienstmodelle, «die heutige Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht nur für Männer umwandeln, wobei Männer frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten» (60%, -10% im Vergleich zu 2013) und «für Männer und Frauen eine obligatorische Dienstpflicht einführen, wobei Männer und Frauen frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten» (53%, -6%) werden weniger stark bejaht.

Mehrheitlich (57%, +9%) spricht sich die Schweizer Stimmbevölkerung 2015 für die Aussage «die heutige Wehrpflicht für Männer so beibehalten und sie auf keinen Fall in eine obligatorische Dienstpflicht

umzuwandeln» aus. Die Forderungen «Wehrpflicht für Frauen» (30%, ±0%) und «Militärdienst auch für Ausländer» einzuführen (25%, ±0%) werden auch 2015 durch die Befragten abgelehnt.

Dem Dienstmodell, «die heutige Wehrpflicht in eine obligatorische Dienstpflicht – das heisst in eine Militärdienst-, Zivildienst- oder Sozialdienstpflicht nur für Männer – umwandeln, wobei der Militärdienst *Vorrang* hat» stimmen 49% zu. Für die Einführung der «obligatorischen Dienstpflicht nur im Zivildienst oder Sozialdienst für Ausländerinnen und Ausländer spricht sich rund ein Drittel (35%) der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus.

Wahrnehmung von Kriegsbedrohungen: Drei von vier Schweizerinnen und Schweizern teilen die Ansicht, dass ein Krieg in Europa nicht auszuschliessen sei, weshalb es auch in Zukunft eine einsatzbereite Armee brauche (76%; +1%). 69% (+5%) sind aktuell der Ansicht, dass sich im Falle eines Krieges «die Schweiz heute nicht mehr selber verteidigen» könnte.

Die Möglichkeit eines zwischenstaatlichen Krieges in Europa schliessen 31% (-9%) der Befragten aus. Diese signifikant stärkere Wahrnehmung einer Kriegsbedrohung könnte durch den Konflikt in der Ukraine hervorgerufen worden sein. 

Die Militäarakademie

Die MILAK an der ETHZ ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufsoffiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Führung und Kommunikation, Militärpädagogik und -psychologie, Militärgeschichte, Strategische Studien, Militärökonomie und Militärsoziologie betrieben.

Security Studies

Das *Center for Security Studies* der ETHZ (CSS) wurde 1986 gegründet und befasst sich in Lehre und Forschung mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Im Rahmen des *International Relations and Security Network* (ISN) entwickelt und betreibt das Center Informationsdienste.

Fazit: «Die Schweizer Bevölkerung fühlt sich weiterhin sehr sicher»

Die Schweizer Bevölkerung fühlt sich weiterhin sehr sicher und blickt zuversichtlich in die Zukunft der Schweiz. Die weltpolitische Lage wird allerdings kritischer beurteilt.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erachten in der Schweiz materielle und immaterielle Werte als wenig bedroht und stufen die Wahrscheinlichkeit gering ein, dass diese durch bestimmte Akteure und Ereignisse bedroht werden. Die Bevölkerung vertraut in diesem Jahr allgemein überdurchschnittlich den Schweizer Behörden und Institutionen.

Aussenpolitisch ist generell eine grössere Öffnungsbereitschaft der Bevölkerung zu beobachten. Die Zustimmung zu einer Annäherung an oder zu einem Beitritt zu Institutionen wie die EU oder die Nato ist in der Bevölkerung im langjährigen Vergleich zwar weiterhin selten vertreten, aber dennoch signifikant gegenüber 2014 gestiegen. Sowohl eine wirtschaftliche und politische als auch eine sicherheitspolitische Autonomie werden in diesem Jahr weniger stark gefordert.

An der Schweizer Neutralität wird festgehalten. Das Neutralitätsprinzip wird

von der Schweizer Bevölkerung beinahe einstimmig befürwortet.

Die positive Einstellung der Schweizer Bevölkerung gegenüber der Armee setzt sich auf hohem Niveau fort. SchweizerInnen erachten die Armee als notwendig. Die Leistung beurteilen sie insgesamt als gut. Das auf der allgemeinen Wehrpflicht und dem Milizsystem basierende Schweizer Wehrmodell findet die Unterstützung der Mehrheit. Ebenso teilt die Bevölkerung die Auffassung, dass die Höhe der heutigen Verteidigungsausgaben gerade richtig sei oder sogar zu tief.